



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Juni 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 515 Postulat Bärtsch Korintha und Mit. über mit Plusenergiehäusern als Vorbild im Klimaschutz vorangehen / Finanzdepartement i. V. mit Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Korintha Bärtsch hält an ihrem Postulat fest.
Thomas Meier beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Korintha Bärtsch: Ein Plusenergiehaus ist ein Gebäude, welches mehr Energie produziert, als es verbraucht. Aus Sicht der Grünen und Jungen Grünen ist dies der Königsweg. Die neu erstellten Gebäude sollen weniger Energie verbrauchen und sehr viel Strom produzieren, so auch die Gebäude, welche der Kanton in Zukunft für mindestens das nächste halbe Jahrhundert erstellen wird. Der Regierungsrat lehnt das Vorhaben im Auftrag der Dienststelle Immobilien ab. In der Stellungnahme zu meinem Postulat lese ich, dass der Kanton seine Bauten im Minergie-P-Eco-Standard realisiere. Das finde ich schon einmal ein gutes Bekenntnis. Bezüglich der Realisierung von Photovoltaikanlagen (PhV-Anlagen) hat der Kanton aber einen grossen Nachholbedarf. Viel zu wenig Dächer von Verwaltungsgebäuden produzieren Strom. An Fassaden gibt es noch gar keine solchen Anlagen. Das konnte man in meiner Anfrage A 341 lesen. Hier besteht aber ein grosses Potenzial. Ich finde es zu wenig ambitioniert, wenn man schon im Vorhinein behauptet, das Vorhaben sei sowieso chancenlos. Wo kämen wir hin, wenn wir alle Massnahmen im Klimabericht als unerreichbar taxieren würden und sagen würden, dass wir es gar nicht schaffen könnten? Ich verstehe unter einem Postulat einen Prüfauftrag. In der Projektierung des Sicherheitszentrums Rothenburg, des Campus Horw und aller weiteren neuen Verwaltungsgebäuden soll angestrebt werden, dass so wenig Energie wie möglich verbraucht und so viel Strom wie möglich mit PhV-Anlagen auf dem Dach, an den Fassaden und allen Infrastruktur-Minibauten produziert wird. Wenn es dann nach einer vertieften ernsthaften Prüfung, Absicht und Abklärung nicht gelingt, dann geht die Welt nicht unter. Ich bitte Sie, mein Postulat erheblich zu erklären.

Thomas Meier: Wenn wir so weitermachen, dann werden wir das Ziel «Netto null 2050» nicht erreichen, nach dem vorletzten Wochenende sowieso nicht. Wir haben überall Widerstände, um erneuerbare Energien auszubauen. Windräder sind in den Standortgemeinden umstritten, Staumauererhöhungen und Wasserkraftwerke werden von den Umweltverbänden bekämpft, aber auch neue CO₂-freie Atommeiler werden wir nie mehr aufstellen. Die Zusammenarbeit mit der EU und das fehlende Stromabkommen sind unsicher. Somit ist es wichtiger denn je, dass wir jedes einzelne Haus energietechnisch optimal nutzen. Sogenannte Plusenergiehäuser, welche über das Jahr hinweg mehr Strom produzieren, als sie verbrauchen, sind ein Lösungsansatz. Viele dezentrale, kleine Kraftwerke, welche ihren überschüssigen Strom ins Netz oder an Dritte abgeben – so stelle

ich mir die Zukunft vor. Perlen Papier oder Galliker Transport machen dies bereits vor. Ihre Gebäudeparks produzieren über das Jahr hinweg mehr Energie, als sie selbst benötigen. Da darf der Kanton mit all seinen neuen Bauprojekten nicht hinten anstehen und soll zumindest überprüfen, wo solche Plusenergiehäuser möglich wären, sind doch die Bauprojekte über Generationen in Betrieb, wenn sie einmal stehen. Zudem darf man nicht vergessen, dass die Vorbildfunktion des Kantons sowie die Plusenergiehäuser im Klima- und Energiebericht explizit erwähnt werden und ein wichtiges Handlungsfeld sind. Wenn ich schon hier vorn stehe, dann mache ich gleich noch ein wenig Werbung in eigener Sache: Der überschüssige Strom, der eingespeist wird, soll dann bitte auch steuerfrei sein und nicht noch zur Einkommenssteuer dazugezählt werden. Dazu habe ich eine Motion eingereicht, die schon bald im Rat behandelt werden wird. Die FDP-Fraktion wird die teilweise Erheblicherklärung des Postulats grossmehrheitlich unterstützen.

Meta Lehmann: Bei Wohngebäuden ist der Energieverbrauch für das Heizen und für den Haushaltsstrom relativ gut voraussehbar, ausser es wird im Keller eine illegale Hanfplantage betrieben, was man am ungewöhnlich hohen Strombezug merken würde. Aber es ist heute mit der Standardtechnik problemlos möglich, aus einem Wohngebäude ein Plusenergiegebäude zu machen, das über das Jahr mehr Energie produziert, als es verbraucht. Ein Verwaltungsgebäude mit vielen Computern, Servern, Spezialeinrichtungen und allenfalls einer Cafeteria braucht deutlich mehr Strom als ein Wohngebäude. Möglicherweise braucht es effektiv mehr Strom, als man am Gebäude produzieren kann. Wie ich die Antwort der Regierung verstehe, befürchtet sie deshalb, mit diesem Postulat etwas zu versprechen, das sie nicht halten kann. Sie will keine Plusenergiegebäude versprechen. Aber das Postulat ist kein Versprechen, sondern ein Prüfauftrag. Es sollen Plusenergiegebäude geprüft werden. Der Kanton hat sich zum Ziel gesetzt, dass bis 2030 30 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs erneuerbar produziert werden, deshalb müssen alle Möglichkeiten ausgelotet werden, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Es ist selbstverständlich, dass der Kanton als Bauherr die Energieeffizienz und die Produktion von Energie am Gebäude dorthinein investiert. Er soll deshalb bei jedem Neubau prüfen, wie gross dieses Potenzial wirklich ist und ob ein Plusenergiegebäude möglich ist. Wenn sich bei einem Bauprojekt dann zeigt, dass ein Plusenergiegebäude nicht möglich ist, dann wurde dies zumindest geprüft. Genau das verlangt dieses Postulat. Der Regierungsrat sagt in seiner Stellungnahme selbst, es werde das Ziel verfolgt, sowohl den Energiebedarf weiter zu verringern, als auch das PhV-Potenzial auszuschöpfen. Ich verstehe deshalb nicht, weshalb er dieses Postulat ablehnt. Die SP unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats, weil der Kanton das Potenzial für Plusenergiegebäude bei jedem Neubau prüfen soll. Er soll dem Aspekt der Energieproduktion bei jeder Planung ein besonderes Augenmerk schenken. Das heisst nicht, dass jeder Neubau ein Plusenergiegebäude werden muss. In diesem Sinn empfehle ich Ihnen ein Ja zur Erheblicherklärung des Postulats.

Ursula Berset: Ja, bei diesem Thema hat die GLP eine klare Vision: Jedes Gebäude wird ein Kraftwerk. Die notwendigen Technologien sind seit Jahren vorhanden. Mit der Digitalisierung werden neue Dimensionen im Umgang mit Energie möglich, vor allem bei der Energieeffizienz und der dezentralen Energieproduktion. Praktisch jedes Gebäude oder Quartier eignet sich und soll mit möglichst viel selbst erzeugter Energie versorgt werden. An der Umsetzung dieser Vision arbeiten wir. Darum setzen wir uns dafür ein, dass bei jedem kantonalen Gebäude das wirkliche Potenzial für PhV-Anlagen geprüft wird, und dabei spreche ich sowohl vom Dach und den Fassaden, aber auch von den übrigen Anlagen auf dem Gelände. Wir sind auch der Ansicht, dass so viel Energie wie möglich produziert werden soll. Eine Konzentration auf den Eigenverbrauch, die sogenannte Eigenverbrauchsoptimierung, ist für uns zu kurzfristig gedacht, auch wenn sich die Einspeisung ins Energienetz heute wegen der fehlenden oder zu tiefen CO₂-Abgaben wirtschaftlich noch nicht auszahlt. Wir sind der Meinung, dass die öffentliche Hand bei den eigenen Gebäuden und Anlagen immer das Ziel vor Augen haben soll, nicht nur die Energieproduktion zu fördern, sondern auch den Energieverbrauch zu minimieren und dazu auch neue Technologien und Prozesse auszuprobieren. Wenn dann am Ende noch Energie

eingekauft werden muss, dann soll diese aus nachhaltiger Produktion stammen. Das ist aus unserer Sicht eine Grundhaltung. Die öffentliche Verwaltung muss in diesem Bereich unbedingt eine Vorreiterrolle einnehmen. Sie muss diesen Anspruch immer mit an den Tisch bringen. Sie muss die Frage nach neuen Technologien, Produkten und Prozessen in den Gesprächen mit Bauherren, Lieferantinnen und anderen Vertragsparteien immer wieder stellen, nicht zuletzt damit die Verwaltung auf dem neuesten Stand der Entwicklungen ist. Wir anerkennen die Vorbehalte der Regierung, dass es bei besonderen Nutzungsarten wie Labors, Lagern oder speziellen Einrichtungen schwierig ist, Plus-Energie-Standards zu erreichen. Aber wir verstehen das Postulat von Korintha Bärtsch als Grundhaltung und als Prüfauftrag an die Regierung, ihr Möglichstes zu tun. Wir möchten diese Grundhaltung stärken und werden deshalb die Erheblicherklärung unterstützen.

Michael Kurmann: Wir danken der Regierung für die Stellungnahme zum Postulat. Der Regierungsrat zeigt auf, dass er bei seinen Immobilienprojekten eine Vorbildfunktion wahrnehmen will und den «Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz» anwendet. Dabei müssen die Anforderungen von Minergie-P-Eco zwingend eingehalten werden. Minergie-P-Eco-Bauten zeichnen sich durch maximale Energieeffizienz und durch Komfortmerkmale aus. Die Eigenstromproduktion ist dort grundsätzlich auch vorgeschrieben. Minergie-P-Eco-Bauten ebnen den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft, was wir begrüßen und befürworten. Es ist nachvollziehbar, dass sich Gebäude aufgrund der Nutzung, also zum Beispiel wegen eines hohen Stromverbrauchs aufgrund der Lage, nicht als Plusenergiehäuser realisieren lassen. Das muss aber im Einzelfall geprüft werden. Der Regierungsrat stellt in Aussicht, dass das Potenzial zur Stromproduktion ermittelt und wo vorhanden ausgenutzt werden soll. Entsprechend sehen wir zusammen mit dem erheblich erklärten Postulat P 517 von Meta Lehmann die Forderung zu einem guten Stück als erfüllt an. Damit man hier aber sicher genug macht und entsprechend einerseits den Eigenverbrauch prüft und andererseits die Stromproduktion maximiert, unterstützen wir die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Franz Räber: Mit der Vorbildfunktion des Kantons Luzern habe ich grundsätzlich keine Mühe, wie sie in diesem Postulat gefordert wird. Es riecht einfach sehr nach hohen Kosten. Ich spreche hier für eine Minderheit der FDP-Fraktion, welche das Postulat ablehnen wird. Wir sind überzeugt, dass ein Plusenergiehaus im Einfamilienhausbau oder bei Privat- und Firmengebäuden Sinn machen kann, der Standard von Plusenergiehäusern wird nämlich in diesem Postulat gefordert. Bei öffentlichen Gebäuden, wie im Postulat angesprochen, macht aber eine weitere Prüfung keinen Sinn, weil bereits heute klar ist, dass die Forderungen nicht erreichbar sein können. Wieso? Für Plusenergiehäuser sind mehrere Voraussetzungen notwendig: Erstens gedämmte Gebäudehüllen: Minergie-P-Eco wird vom Kanton bereits eingehalten. Wir wollen aber bei diesen Gebäuden nicht 80 Zentimeter dicke Mauern, und wir wollen nicht weniger Glasflächen, was irgendeinmal nötig werden würde, wenn wir noch höhere Standards erreichen wollen. Zweitens eine effiziente Haustechnik: Dies wird ebenfalls bereits eingehalten, das konnte man in der Stellungnahme lesen. Drittens der Standort der Gebäude: Hier haben wir effektiv keine Möglichkeiten, denn dieser ist nicht veränderbar. Die Standorte der drei Gebäude sind fixiert. Viertens die Gebäudeausrichtung: Auch hier haben wir keine zusätzlichen Möglichkeiten. Die Ausrichtungen sind fixiert, die Planungen sind zum Teil schon gemacht. Wir haben gestern das Postulat P 517 über Photovoltaikmodule an der Fassade des zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz erheblich erklärt. Die Regierung garantiert uns auch, dass in Zukunft alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Darum ist es für mich und für eine Minderheit der FDP-Fraktion sinnlos, noch etwas mehr zu fordern, das schlichtweg nicht möglich ist. Darum lehnt diese Minderheit das Postulat ab.

Pius Müller: Die Stellungnahme der Regierung zum Postulat ist ausführlich. Die Regierung schreibt: «Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, die nur gemeinsam gemeistert werden kann.» Nur so würden wir das Klimaziel erreichen können. Aber viele Wege führen nach Rom. Mit der Ablehnung des CO₂-Gesetzes vom 13. Juni 2021 haben Schweizerinnen und Schweizer Weitsicht bewiesen. Das Schweizer Stimmvolk will einen

wirksamen Klimaschutz ohne Verbote und ohne bürokratische Regulierungen und keine ungerechte Umverteilungen. Die Ablehnung macht den Weg frei für einen energiepolitischen Neuanfang, der den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit gleichermaßen gewichtet. Was es braucht, ist ein Bundesgesetz für eine sichere und klimaneutrale Energieversorgung und somit keine ungerechte Umverteilung und keine schädlichen Subventionen. Die SVP ist gespannt, wie der Kanton Luzern nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes den Klima- und Energiebericht weiter ausarbeitet. Ein Marschhalt beim Planungsbericht Klima- und Energiepolitik wäre im Kanton Luzern einsichtig und vernünftig, und zwar so lange, bis gesamtschweizerisch etwas Mehrheitsfähiges in der Pipeline liegt. Ein Alleingang im Kanton mit Vorbildfunktion wird erneut scheitern. Bei den Stellungnahmen auf die vielen Vorstössen aus dem Parlament stützt sich die Regierung immer wieder auf den Vernehmlassungsentwurf und auf das CO₂-Gesetz, so auch bei diesem Postulat. Gegen die Stromproduktion mittels PhV-Anlagen auf Dächern und Fassaden bei anstehenden Grossprojekten im Kanton Luzern ist aus Sicht der SVP nichts einzuwenden. Photovoltaik ist aber nur ein Teil der Grundversorgung durch erneuerbare Energien, so produziert man nämlich Flatterstrom, das bedeutet keine sichere Grundversorgung, vor allem im Winterhalbjahr. Die in der Stellungnahme von der Regierung erwähnten Minergie-Eco- und Minergie-P-Eco-Standards bei Gebäuden sollten bei öffentlichen Bauten wo möglich einbezogen werden. Ein Plusenergiehaus wird mit zusätzlichen Auflagen und Vorschriften ohne Mehrwert und spezifischen Nutzen verteuert. Die SVP lehnt das Postulat ab.

Urs Brücker: Ich bin nicht für die Erheblicherklärung, sondern für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats. Das Postulat ist kein Prüfauftrag, es ist eine unmissverständliche Aufforderung, das Sicherheitsgebäude und das Verwaltungsgebäude als Plusenergiegebäude zu erstellen. Es schliesst zudem auch noch den Campus Horw mit ein. Plusenergiehäuser decken nicht nur den Energiebedarf an Strom, den sie verbrauchen, sondern auch den an Wärme. Mit allen Energieträgern muss ein Plusenergiehaus mehr produzieren, als es verbraucht. Beim Campus Horw wird das nicht möglich sein, davon bin ich jetzt schon überzeugt. Man wird sicher in all den Labors mehr Energie brauchen, als man produzieren kann. Die Regierung verpflichtet zu wollen, dieses Gebäude so zu erstellen, ist nicht realistisch.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Regierung hat Ihnen einfach eine realistische Antwort gegeben. Wenn Sie in Ihren Voten argumentieren, es gehe hier um eine Grundhaltung, dann ist das nicht ganz korrekt. Das Postulat fordert bei drei konkreten Bauprojekten eine Ausführung als Plusenergiegebäude. Das erachten wir bei diesen drei konkreten Gebäuden als schlicht nicht realistisch. Die Grundhaltung kann ich durchaus nachvollziehen. Wir haben aus meiner Sicht – und es hat mich gefreut, dass die Postulantin das auch anerkennend zur Kenntnis genommen hat – mit Minergie-P-Eco einen durchaus ambitionierten Standard definiert. Aber Sie haben es vorhin in den Ausführungen von Urs Brücker gehört: Bei diesen drei konkreten Gebäuden scheint es mir eine wirklich sehr ambitionierte Forderung zu sein. Wenn die Regierung jetzt die Erheblicherklärung beantragte, dann wissen wir alle, was Ihre Erwartung wäre. Es wäre mehr als eine Prüfung, die Sie erwarten würden. Ich bitte Sie, realistisch zu sein. Nehmen Sie, Kantonsrat Thomas Meier, zur Kenntnis, dass es mehr sind als Lagergebäude mit praktisch keinen Öffnungen, es sind Gebäude mit hohen Eigenenergieverbräuchen, mit einem hohen Öffnungsanteil und Weiterem. Da ist diese Forderung leider in den Augen der Regierung nicht realistisch, und ich bitte Sie darum, dieses Postulat abzulehnen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 67 zu 35 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 74 zu 27 Stimmen teilweise erheblich.